



Kiel, 09.05.2007

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 43, Verfassungsschutzbericht 2006 (Drucksache 16/1358)

Thomas Rother:

Sicherung der Demokratie nicht durch weiteren Verlust von Freiheit erkaufen

Nachdem wir in der vergangenen Sitzung ja schon über die Maßnahmen der Landesregierung zur Bekämpfung von politischem Extremismus und Fremdenfeindlichkeit gesprochen haben, sind wir jetzt mit dem Verfassungsschutzbericht bei Situation und Analyse der Situation hier bei uns in Schleswig-Holstein.

Und über diese Situation zu sprechen, dafür gibt es gute Gründe:

Zum Ersten ist die Entwicklung der Straftaten mit politischem Hintergrund insgesamt zwar stagnierend, aber es gibt eine **deutliche Verschiebung in der Zahl bei Straftaten und Gewalttaten von Links nach Rechts**.

Im Bundesvergleich nimmt Schleswig-Holstein in Bezug auf die Gewalttaten mit rechtsradikalem Hintergrund einen Spitzenplatz ein. Nach Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Sachsen kommt schon unser Bundesland mit gut zwei Gewalttaten pro hunderttausend Einwohner.

Die Vorfälle häufen sich und sind unerträglich. Ein so genanntes Propagandadelikt ist zwar widerlich, lässt sich aber in der Regel auch wieder beseitigen. Opfer von Gewalttaten haben es da nicht so einfach – die physischen und psychischen Folgen so einer Tat bleiben meist ein Leben lang. Und Organisationen, die eine solche Gewalt rechtfertigen, propagieren und praktizieren gehören meiner Ansicht nach schon deshalb verboten!

Zum zweiten hat die derzeit **gefährlichste rechtsextreme Gruppe, die NPD**, leider ziemlich viel Oberwasser. Sie hat sich von einer dahinsiechenden Altherrenpartei durch ein Bündnis mit der DVU und den Freien Nationalisten als Sammlungsbewegung eine Führungsposition in der rechtsextremen Szene erarbeitet. Nach den jüngsten Wahlerfolgen rüstet sie sich auch hier bei uns zur Kommunalwahl und greift plötzlich ganz andere Themen auf als sonst üblich. Das ist nicht nur Hartz IV, sondern ist auch die Schulpolitik, der ÖPNV oder die Verwaltungsstrukturreform.

Dass auf letzteres im Verfassungsschutzbericht hingewiesen wird, hat natürlich nicht zum Ziel, die Gegner einer möglichen Gebietsreform im Kreis Dithmarschen zu diffamieren, sondern macht lediglich die **neue Qualität der NPD-Agitation** deutlich.

Die NPD ist ja auch gegen die Atomenergienutzung und dennoch diffamiert ja niemand alle Atomkraftgegner als Nazis und niemand wirft NPD und FDP in einen Topf, nur weil beide gegen das neue Schulgesetz sind.

Allerdings haben die Initiatoren von Demonstrationen oder Veranstaltungen schon die Aufgabe, sich von dieser Art Unterstützer ihres Anliegens zu distanzieren und sie aus ihren Reihen fern zu halten.

Und es ist auch im Verfassungsschutzbericht nachlesbar, **dass die rechtsextreme Szene in Dithmarschen Schwerpunkte setzt**. Erst vor kurzem hat dort ja ein größerer Polizeieinsatz in Neufeld stattgefunden. Ich möchte betonen, dass wir an der Seite von Landrat und Bürgermeister der betroffenen Gemeinde in ihrem Kampf gegen die Neonazis stehen.

Notwendig bleibt es, die Ergebnisse des Berichtes der letzten Tagung konsequent umzusetzen und die vom Bund geforderte Koordinierungsstelle zur Intervention gegen Rechtsextremismus zu benennen und die örtlichen Projekte auch von Landesseite aus

zu fördern. Ein „böses Erwachen“ darf es nach der Situationsbeschreibung des Berichtes nicht irgendwann später geben, denn wir sind gewarnt.

Zum Dritten: Der **G-8-Gipfel** im Juni dieses Jahres in Heiligendamm dient zur Klärung internationaler politischer Streitfragen. Er ist daher auch ein berechtigter Anlass zu Protesten gegen die negativen Folgen der Globalisierung. Er bietet aber leider ebenso Extremisten von Links und Rechts einen Ansatzpunkt für Krawall und Gewalt und Bürgerkriegsspielerei – für Polit-Rituale, für die sich halt dieser Anlass gefunden hat.

Das ist so falsch wie es absurd ist, hier ein Ventil für die eigene politische Erfolglosigkeit zu öffnen und ich bedaure schon jetzt die dort eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten, die ihre Zeit sicherlich sinnvoller verbringen könnten.

Zum vierten und letzten Punkt: Deutschland ist Teil eines weltweiten terroristischen Gefahrenraumes. Diese **Bedrohung durch Islamismus** ist leider real angesichts von Anschlägen und Anschlagversuchen und nicht „scheinbar“ wie manche immer noch behaupten. In Schleswig-Holstein konnten trotz der im Bericht genannten Festnahmen keine entsprechenden Strukturen ausgemacht werden. Die Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung haben das vielleicht verhindert.

Für weitere Grundrechtseingriffe zu diesem Zweck ist derzeit keine Notwendigkeit, gegeben. Die Sicherung der Demokratie darf nicht durch einen immer größeren Verlust von Freiheit erkaufte werden – denn dann hätten die Terroristen schon einen Sieg errungen.

Ich bitte, den Bericht zur abschließenden Beratung an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen.